

Parlamentarier unter der Reichstagskuppel, ratlos ins Heizungsdebakel

Aktuelle Stunde zu den Heizungsplänen der Bundesregierung am 24.5.2023

Zusammengestellt von Fee Strieffler und Wolfgang Jung, 2.6.2023

Der Grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck hat der FDP-Fraktion "Wortbruch" vorgeworfen, weil sie die Beratung seines von Lobbyisten der "Energiewende" und seinen beiden diesbezüglich "voreingenommenen" Staatssekretären Graichen (s. <https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/richtige-entscheidung-habeck-entlaesst-staatssekretaer-graichen-ld.1697238>) und Philipp (s. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wirtschaftsministerium-staatssekretaer-philipp-unter-druck-habeck-muss-erneut-vor-ausschuesse/29160834.html>) verfassten Entwurf eines "Gebäudeenergiegesetzes" im Bundestag erst einmal verhindert hat.

In der daraufhin auf Antrag der CDU/CSU in die Bundestagssitzung am 24.5.2023 (s. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20105.pdf>, unter ZP 1) eingeschobene Aktuellen Stunde zum Thema "Heizungspläne der Bundesregierung stoppen – Wärmewende technologieoffen und sozialverträglich neu starten" wurden die sehr ähnlichen Positionen der Ampelkoalition und der Opposition zu diesem Gesetzentwurf deutlich. Nur die AfD scherte aus.

Jens Spahn (CDU/CSU) zitiert zu Beginn seiner Eröffnungsrede die zuletzt vertretene FDP-Position. Von den 170 Seiten gehörten 120 in die Tonne, heiße es von der FDP über das Heizungsgesetz. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr nenne den Gesetzentwurf "nicht beratungsreif". 101 Fragen habe die FDP aufgeschrieben, die alle richtig und wichtig seien. Man frage sich aber, warum die FDP bei so substanziellem Bedenken diesem Gesetzentwurf im Kabinett zugestimmt habe?

Span fordert die Bundesregierung auf: "Ziehen Sie den Gesetzentwurf zurück! Gehen Sie zurück auf Los, und fangen Sie im Sinne des Klimaschutzes noch mal ganz von vorne an, und zwar mit einer Novelle zum Gebäudeenergiegesetz, die Fristen enthält, die Planbarkeit und Verlässlichkeit schaffen statt Überforderung, die wirklich technologieoffen ist – ohne diese Fixierung auf die Wärmepumpe –und mit einer Förderung, die sicherstellt, dass niemand überfordert wird."

Außerdem kritisiert Span den Führungsstil des Kanzlers und andere Vorhaben seiner Regierung, will aber nichts an einem zukünftigen Verbot von Öl- und Gasheizungen ändern.

Dr. Matthias Miersch (SPD) wirft Span vor, keine eigenen Vorschläge gemacht zu haben und erinnert die CDU/CSU an das gemeinsam beschlossenen Klimaschutzgesetz (s. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672>). Das Klimaschutzgesetz sehe vor, dass die Bundesrepublik im Jahre 2045 klimaneutral sein müsse. Deshalb könne es bis dahin keine fossilen Heizsysteme mehr geben. Der Entwurf des "Heizungsgesetzes" könne aber bei den Beratungen im Parlament noch korrigiert werden: "Wir werden beweisen müssen – und das ist nicht einfach – dass Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt tatsächlich organisierbar sind. Insofern werden wir über Förderung reden. Wir werden über die Frage von Technologien reden. Wir werden unter anderem die Frage von Übergangsfristen behandeln." Die SPD will aber letztendlich auch die Öl- und Gasheizungen verbieten.

Auf **Marc Bernhard (AfD)**, der anschließend gesprochen hat, werden wir später näher eingehen.

Andreas Audretsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führte aus: "Wir haben die Novelle zum Gebäudeenergiegesetz im Koalitionsvertrag vereinbart. Im Koalitionsausschuss wurde das Gesetz am 24. März 2022 unter der Leitung des Bundeskanzlers und unter Beteiligung von Ministerinnen und Ministern, Parteichefs und Fraktionschefs aller Ampelparteien bestätigt, auch von Christian Lindner, auch von Christian Dürr. Am 28. März 2023 wurde ebenfalls unter der Leitung des Bundeskanzlers und unter Beteiligung aller beschlossen: Das Gesetz „wird von der Bundesregierung im April im Kabinett auf den Weg gebracht, um es vor der Sommerpause im Bundestag zu beschließen. Am 19. April 2023 hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf verabschiedet. Und ja, es gab an der Stelle eine Protokollerklärung (der FDP), aber auch in der Protokollerklärung steht sehr, sehr klar: Die Fraktionen des Deutschen Bundestages werden „im parlamentarischen Verfahren diesen Gesetzentwurf intensiv beraten und auch weitere notwendige Änderungen vornehmen.“

Auch die Grünen bestehen auf dem Verbot der Öl- und Gasheizungen und sehen nur folgende Verhandlungsspielräume: "Selbstverständlich haben da alle unterschiedliche Positionen und Sichtweisen Platz. Lassen Sie uns darüber reden! Lassen Sie uns über Fristen reden! Lassen Sie uns über Ausnahmen reden! Lassen Sie uns darüber reden, wie man Technologieoffenheit, die ja Grundlage dieses Gesetzes ist, noch deutlicher herausarbeitet!"

Amira Mohamed Ali (DIE LINKE) kritisiert: "Das Desaster um das Heizungsgesetz macht das ganze Unvermögen dieser Bundesregierung sichtbar. Sie haben Ihren Laden wirklich nicht im Griff. ... Wie kann es sein, dass diese Bundesregierung schon wieder ein einschneidendes Gesetzesvorhaben einfach mal raushaut und sich erst im Nachgang und erst nach massivem Widerstand aus der Bevölkerung überhaupt mal Gedanken darüber macht, welche Folgen diese Pläne für unser Land haben? Wie kann das sein? Bauministerin Geywitz und ihrer Partei, der SPD, fällt allen Ernstes erst jetzt auf, dass die Mehrkosten für die teureren Wärmepumpen und die notwendigen Umbauten in Mehrfamilienhäusern auf die Mieterinnen und Mieter abgewälzt werden, dass dadurch die Mieten massiv steigen werden. Ja, guten Morgen! Das hätte Ihnen doch gleich auffallen müssen. Das hätten Sie doch gleich verhindern sollen, zum Beispiel indem man endlich die Modernisierungsumlage abschafft. Nein, stattdessen lavieren Sie auch hier wieder nur herum. Es ist einfach beschämend. ... Fakt ist: Sie beschleunigen nicht die Wärmewende, sie beschleunigen Politikverdrossenheit, und das ist hochgefährlich für unsere Demokratie"

Auch DIE LINKE ist also grundsätzlich für die "Wärmewende". Sie will das teure Totalverbot von Öl- und Gasheizungen nur "sozialverträglich" abfedern.

Dr. Lukas Köhler (FDP) fragt: "Warum ringen wir denn so darum, wie es mit den Heizungen in Deutschland weitergeht? Weil es notwendig ist, eine Antwort auf die Fragen zu geben: Was will und was muss ich als Bürgerin oder Bürger tun, um für den Klimaschutz vorbereitet zu sein? **Was muss ich tun, bevor die CO₂-Preise steigen werden? Was muss ich tun, damit ich mir in Zukunft eine anständige Heizung leisten kann? Das ist eine der härtesten Debatten, die Sie in Deutschland führen können. Warum? Weil es jeden Menschen in diesem Land betrifft.**"

Dann fordert er: "Es ist doch klar: Es braucht eine Novelle zum Gebäudeenergiegesetz. Und es ist auch klar: So, wie der Gesetzentwurf von der Regierung gekommen ist, wird er nicht durch dieses Parlament gehen. Es braucht eine Novellierung. Hier ist der richtige Ort, wo wir das diskutieren."

Dann lässt Dr. Köhler schließlich die Katze aus dem Sack: "Wir setzen auf eine starke, klare CO₂-Bepreisung über den Emissionshandel, den wir möglichst vorziehen sollten. Das ist auch richtig so. Aber das hat natürlich Konsequenzen, weil man einen solchen Emissionshandel nicht alleine seine Wirkung entfalten lassen kann; das hätte man vor 20 Jahren machen können. Aber jetzt braucht man

zusätzliche Maßnahmen, damit der Preis die Leute nicht überfordern. Deswegen: Ja, wir werden dafür sorgen, dass dies ein gutes Gesetz wird; das wird so kommen."

Der FDP-Vorsitzende und Finanzminister Christian Linder will die Zuschüsse, die Wärmepumpen-Einbauer von ihm aus "Steuermitteln" erhalten sollen, von Anfang an von den "Verweigerern" eintreiben, die noch mit Öl oder Gas heizen, das durch eine ständig steigende CO₂-Bepreisung immer teurer gemacht werden soll. Vermutlich wollte die FDP mit ihrer Verzögerungstaktik ihrem Finanzminister nur diese für ihn "kostenneutrale" Finanzierung der Wärmewende sichern. Deshalb wird auch die FDP dem Gebäudeenergiegesetz zustimmen und höchstens auf "Technologieoffenheit" bestehen, die ihre präferierten "E-Fuels" einschließt.

Die dann noch folgenden Abgeordneten **Andreas Jung (CDU/CSU), Verena Hubertz (SPD), Bernhard Herrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Christoph Meyer (FDP), Michael Kießling (CDU/CSU) und Dr. Nina Scheer (SPD)** wollen – wie ihre Vorfahrt – alle das Heizungsgesetz und die "Wärmewende" mit kosmetischen Korrekturen verabschieden und beschränken sich ansonsten auf gegenseitige Schuldzuweisungen. Wer sich für ihre "Scheingefechte" interessiert, kann ihre Reden im eingangs verlinkten Originalprotokoll der Aktuellen Stunde nachlesen.

Nur der bereits genannte Abgeordnete **Marc Bernhard (AfD)** hat den Regierungsentwurf für das Gebäudeenergiegesetz gut begründet abgelehnt und einen vollständigen Verzicht auf die "Wärmewende" gefordert. Wir haben seine Rede nachfolgende vollständig abgedruckt:

"Wir haben uns geirrt bei der Energiewende. Wer hat das bereits vor zehn Jahren gesagt? Kein Klimaleugner, kein Verschwörungstheoretiker und auch kein AfD-Politiker. Nein, es war Habecks entlassener Staatssekretär Graichen, den er letzte Woche als denjenigen, der die Energiewende wieder zum Laufen gebracht habe, verabschiedet hat. Graichen vor zehn Jahren wörtlich: Wir haben uns geirrt bei der Energiewende. Nicht in ein paar Details, sondern in einem zentralen Punkt. Die vielen Windräder und Solaranlagen, die Deutschland baut, leisten nicht, was wir uns von ihnen versprochen haben. Wir hatten gehofft, dass sie die schmutzigen Kohlekraftwerke ersetzen würden. Aber das tun sie nicht."

Wenn Graichen also schon vor zehn Jahren wusste, dass die Energiewende nicht funktioniert, warum wird sie dann jetzt mit aller Macht durchgedrückt? Warum werden per Notverordnung Landschafts- und Artenschutz ausgehebelt, erkämpfte Mindestabstände zu Wohnhäusern eliminiert, die

Umweltverträglichkeitsprüfung außer Kraft gesetzt und Mitspracherechte der Bürger gestrichen, um den Bau von weiteren 90 000 Windindustrieanlagen zu ermöglichen und damit den Schaden des selbst eingestandenen Irrtums zu maximieren, Herr Habeck?

Obwohl Graichen genau wusste, dass die Energiewende überhaupt nicht funktioniert, wollte er in Ihrem Auftrag, Herr Habeck, mit dem Heizungshammer mehr als 60 Millionen Menschen dazu zwingen, zukünftig nur noch mit Strom zu heizen. Dabei wusste er doch ganz genau, dass dafür aufgrund der Abschaltung der Kern- und Kohlekraftwerke gar nicht genügend Strom zur Verfügung steht. So kann beispielsweise Deutschlands größte Wohnungsgesellschaft unzählige elektrische Wärmepumpen nicht in Betrieb nehmen, weil der Strom fehlt. Trotzdem hat er den Gesetzentwurf ganz bewusst so geschrieben, dass für die meisten Menschen nur noch der Einbau einer Wärmepumpe möglich ist, und das, obwohl das Heizen mit Strom auch noch um 30 Prozent teurer als das Heizen mit Gas. Gut, dass so jemand weg ist.

Jetzt muss auch dieser Heizungshammer weg, und zwar komplett. Denn es ist doch völlig absurd, dass den Menschen verboten werden soll, mit Gas zu heizen, während die Regierung gleichzeitig 50 Gaskraftwerke bauen will, in denen man mit dreckigem Frackinggas den Strom erzeugen will, mit dem die Menschen zukünftig heizen sollen. Was für ein Aberwitz!

Als ich Ihnen im April vorgerechnet habe, dass dieser Heizungshammer die Menschen 2 000 Milliarden Euro kosten würde, haben Sie mich hier, im Deutschen Bundestag, ungläubig angeschaut und mit dem Kopf geschüttelt. Jetzt haben ganz offensichtlich Sie von der FDP mal selbst nachgerechnet und kommen sogar auf 2 500 Milliarden Euro, also auf 30 000 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Wissenschaftler bestätigen, dass es damit noch nicht einmal zu einer CO₂-Einsparung kommt. Der Schwachsinn wurde doch von Ihren FDP-Kollegen bestätigt. Die haben nachgerechnet: 2 500 Milliarden Euro.

Eines ist doch klar: Die Wärmewende ist nicht machbar; denn wir haben nicht genügend Wärmepumpen, wir haben nicht genügend Handwerker, wir haben nicht genügend Strom, und die Menschen haben schon gar nicht genügend Geld, um diesen Wahnwitz zu bezahlen.

Und jetzt kommen Sie von der CDU, spielen sich hier als Retter der Nation auf und wollen die Wärmewende angeblich sozialverträglich neu starten. Was Sie unter 'sozial' verstehen, haben Sie uns ja mit Ihrem Antrag in der letzten Sitzungswoche klar und deutlich gezeigt: **Sie setzen darauf, dass die**

Brüsseler CO₂-Zertifikate Öl und Gas so teuer machen, dass sich die Menschen Öl und Gas praktisch gar nicht mehr leisten können. Experten gehen davon aus, dass es ab 2027 zu einer Verzehnfachung des CO₂-Preises auf bis zu 300 Euro pro Tonne kommen wird. Für einen Liter Diesel bedeutet das eine Preiserhöhung um fast 1 Euro. Das verstehen Sie von der CDU also unter 'sozialverträglich'.

Das Einzige, was wirklich sozialverträglich ist und die Menschen vor Altersarmut und faktischer Enteignung schützt, ist, diese ganze Wärmewende auf dem Misthaufen der Geschichte zu entsorgen."

Soweit die Zitate aus der Aktuellen Stunde im Bundestag am 24.5.2023.

Warum können nicht auch Abgeordnete der anderen im Bundestag vertretenen Parteien zugeben, dass die ganze "Energiewende" auf einem Irrtum beruht, weil mit erneuerbaren Energien allein die dazu erforderliche erhöhte Strommenge überhaupt nicht herzustellen ist?

Außerdem haben unabhängige Wissenschaftler doch längst und gerade wieder nachgewiesen, dass die These des IPCC, der Klimawandel werde durch das CO₂ verursacht, das Menschen durch die Nutzung fossiler Brennstoffe freisetzen, nicht mehr zu halten ist (s. <https://report24.news/wissenschaftler-entlarvt-co2-klimaschwindel-durch-exakte-messungen/>). Es besteht also überhaupt keine Veranlassung mehr, völlig auf die Nutzung fossiler Brennstoffe beim Heizen und Antreiben von Verkehrsmitteln zu verzichten, weil sich zusätzliches CO₂ – gleich welcher Herkunft – kaum messbar auf die Erderwärmung auswirkt.

Damit ist auch die Null-CO₂-Politik der Bundesregierung irrational und überflüssig geworden. Sie muss deshalb gestoppt werden, bevor sie noch mehr und irreparablen Schaden anrichtet.

Unsere gewählten Volksvertreter im Deutschen Bundestages können unsere Regierung zur Umkehr zwingen, wen sie auch das novellierte Gebäudeenergiegesetz und weitere im Rahmen der "Energiewende" geplanten Vorhaben ablehnen.

Zur zusätzlichen Information empfehlen wir:

- IPCC-Pressemitteilung – Dringende Klimaschutzmaßnahmen können eine lebenswerte Zukunft für alle sichern, (s. <https://afsaneyebahar.com/2023/03/31/20695322/>)
- Den wissenschaftlich widerlegten Thesen des IPCC zum Klimawandel folgend, treibt die Regierung Scholz/Habeck/Lindner die Bundesrepublik Deutschland in die Deindustrialisierung und viele ihrer Bewohner in den wirtschaftlichen Ruin,
(s. <https://afsaneyebahar.com/2023/05/20/20695506/>)
- Wie der BlackRock Investment Fund die globale Energiekrise auslöste "Festhalten an der UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030" – Kolossale Desinvestitionen im Billionen Dollar schweren globalen Öl- und Gassektor, <https://afsaneyebahar.com/2023/05/26/20695618/>
- Die Energiewende ist gescheitert!
(s. <https://www.youtube.com/watch?v=m2vdXOvb9oM>)
- Klimamessungen (Video), (s. <https://www.youtube.com/watch?v=odoNZBmV2mE&t=3s>)